



Die Macht der Aufträge besser nutzen

GRATIS AUF DAS DACH. Burgenland Energie bietet allen KMU im Bundesland die Installation einer Photovoltaikanlage an. Die Investitionskosten übernimmt der Energieversorger, im Gegenzug kauft das KMU den Strom aus der PV-Anlage zu einem Fixtarif.

Wer zahlt, schafft an. Klingt brutal, hat aber auch eine gute Seite: Mit ökologischen und sozialen Kriterien für die VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE kann die Zukunft nachhaltig gestaltet werden.

Ein E-Auto im Abo, bei Bedarf alle sechs Monate neu? Und das auch noch mit Flatrate für den Strom? Klingt irgendwie utopisch, ist es aber nicht. Genau dieses Modell bietet das Unternehmen vibe in Kooperation mit der Burgenland Energie und weiteren Stromanbietern in der Steiermark, Niederösterreich und Wien an – und will so die Elektromobilität pushen.

„vibe ist ein transparentes Abo-Modell für E-Autos, das nach dem gleichen Prinzip funktioniert wie der Streamingdienst Netflix“, erläutert Geschäftsführerin Lisa Ittner, „das heißt alle Leistungen zu einem monatlichen Fixpreis ohne versteckte Nebenkosten.“ Ab 499 Euro monatlich sind im Abo neben Versicherung, Service und Autobahnvignette auch Winterreifen und weitere Kosten enthalten – und neuerdings ist für eine Flatrate von 55 Euro auch der Ladestrom im Abo inkludiert.

NUTZEN STATT BESITZEN. Der besondere Clou dieses besonderen Carsharingmodells: Je nach Lebensumständen und Bedarf können Fahrzeuge getauscht werden. Wer im Sommer ein Cabrio bevorzugt, kann sich für den Winterurlaub oder wenn die Familie größer wird, einen gepäckfreundlichen Kombi mieten. „Damit bietet vibe eine moderne und zukunftsorientierte Möglichkeit, individuelle Mobilität völlig risikolos an seine Lebensumstände anzupassen“, so Lisa Ittner, „ganz unabhängig davon, ob man E-Autos privat oder betrieblich nutzen möchte.“

Einer der Hauptpartner von vibe ist die Burgenland Energie. Für das Unternehmen ist diese Kooperation ein wichtiger Beitrag für die Umsetzung einer zukunftsorientierten Klimastrategie, schließlich deckt das Burgenland seinen gesamten Strombedarf aus hundert Prozent erneuerbarer Energie. Die Partnerschaft mit vibe sowie der kontinuierliche Ausbau der Ladeinfrastruktur machen

die Nutzung eines E-Autos im Alltag besonders komfortabel, betont man beim Energieversorger.

Burgenland Energie hat auch schon den nächsten Schritt gesetzt: Der Energieversorger bietet unter dem Projektnamen „SonnenDach“ speziell Klein- und Mittelbetrieben Photovoltaikanlagen an – und das ohne Investitionskosten. Denn die Errichtungskosten übernimmt Burgenland Energie, der Strom aus der Anlage wird dem KMU zum Fixtarif zur Verfügung gestellt. „Jedes Unternehmen, das ein freies und geeignetes Dach hat, kann dann ab sofort Sonnenstrom nutzen“, erläutert Burgenland-Energie-Vorstandschef Stephan Sharma, „und wer möchte, kann die PV-Anlage auch jederzeit zum Restwert kaufen.“

TRANSFORMATION GESTALTEN. Nutzen statt besitzen, erneuerbare Energien pushen: Für den Rechtsanwalt Martin Schiefer sind solche innovativen Projekte Wegweiser in eine klimafreundliche und



KALKULIERBARE KOSTEN. vibe-CEO Lisa Ittner bietet – getreu dem Motto „Nutzen statt besitzen“ – ein Abo-Modell für E-Autos. Ab einer Abo-Gebühr von 499 Euro monatlich sind alle Kosten wie Versicherungen, Service, Autobahnvignette oder Winterreifen enthalten. Ändern sich Lebensumstände und Bedarf, kann nach sechs Monaten auf ein größeres oder kleineres E-Fahrzeug umgestiegen werden. In Kooperation mit der Burgenland Energie gibt es zudem eine Strom-Flatrate für E-Autos.

nachhaltige Zukunft. „Und sie zeigen, was möglich ist und wie sich eine ökologische und soziale Transformation verantwortungsvoll gestalten lässt“, so Schiefer. Der Vergaberechtspezialist hat gemeinsam mit seinem Team beide Projekte begleitet und unterstützt. „Beide Initiativen sind Beispiele für eine sinnvolle Verbindung verschiedener Geschäftsmodelle“, erläutert Schiefer, „und sie funktionieren im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft. Es werden Ressourcen geschont, erneuerbare Energieformen gefördert und Wertschöpfung geschaffen – und das nicht nur theoretisch und auf dem Papier, sondern auch wirtschaftlich in konkreten Zahlen. Denn wichtig ist schon, dass hinter solchen Projekten funktionierende Geschäftsmodelle stehen müssen.“

Dass Wirtschaft und Gesellschaft vor einer wichtigen Transformation stehen, ist für den engagierten Rechtsanwalt

keine Frage – dass sie gelingen kann und muss, auch nicht. Ein wichtiger Hebel dafür sind öffentliche Ausschreibungen und Projekte. Mehr als 60 Milliarden Euro an Aufträgen geben Bund, Länder und Gemeinden in Österreich jährlich für neue Straßen, Radwege, Kindergärten, Digitalisierung, Kanalisation, IT-Dienstleistungen, Dienstfahrzeuge und andere Infrastruktur- und Beschaffungsprojekte aus. Diese öffentlichen Aufträge machen 18 Prozent des österreichischen BIPs aus, sind also ein wichtiger Treiber der heimischen Wirtschaft.

NEUES VERSTÄNDNIS VON BESCHAFFUNG. „An entsprechende Kriterien geknüpft, können mit Vergaben gesellschaftlich oder gesetzlich erwünschte Entwicklungen vorangetrieben werden“, so Martin Schiefer, „etwa Umweltaspekte, generell Nachhaltigkeit oder CSR-Kriterien. Mit jeder einzelnen

Ausschreibung kann eine Körperschaft diese Aspekte fördern, zum Beispiel zur Energiewende beitragen“ (siehe auch Interview nächste Seite).

Viele Experten sehen das genauso. „Das Verständnis strategischer öffentlicher Beschaffung muss neu definiert werden“, betont auch Michael Eßig, Betriebswirtschaftsprofessor mit Schwerpunkt Beschaffung und Supply Management an der Universität der Deutschen Bundeswehr in München, „das zeigt sich gerade, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels geht.“ Eßig verweist in diesem Zusammenhang auf eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey, wonach bei einem durchschnittlichen Konsumgüterunternehmen 80 Prozent der CO₂-Emissionen in der Lieferkette entstehen. „Die Bedeutung der Lieferketten ist immens“, so Eßig, „die Steuerung der Lieferanten durch einen strategischen Einkauf ist daher ein wesentlicher Hebel für die Dekarbonisierung.“

Einige öffentliche Auftraggeber haben bereits erkannt, welche Rolle sie für die Gestaltung der Zukunft spielen können, und Schwerpunkte wie Regionalität, kurze Lieferketten und nachhaltiges Wirtschaften in ihre Ausschreibungen integriert. Doch das ist durchaus komplex. „Es ist notwendig, strategische Beschaffung als echte Profession zu verstehen, denn die Anforderungen sind teilweise höher als in der Privatwirtschaft“, so Experte Eßig. Öffentliche Einkäufer müssten eben nicht nur wirtschaftlich das Beste für die Steuerzahlenden herausholen, sondern gleichzeitig umfangreiche vergaberechtliche Anforderungen erfüllen sowie strategische Ziele wie Nachhaltigkeit oder Innovationen fördern – kein kleiner Rucksack.

Und dabei geht es keineswegs nur um ökologische Kriterien, sondern auch um soziale. So hat Martin Schiefer mit seinem Team für Krankenhausbetreiber einen Kriterienkatalog für die Vermittlung von ausländischen Pflegekräften entwickelt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass den Pflegekräften nicht unberechtigte Gebühren verrechnet werden, österreichische Sozialstandards eingehalten und die Menschen auch in Österreich betreut werden. Martin Schiefer: „Nimmt man verantwortungsvolles Wirtschaften ernst, gehören auch solche Aspekte verbindlich und transparent geregelt.“



„Mit jeder einzelnen Ausschreibung kann zur Klimawende beigetragen werden.“

MARTIN SCHIEFER
VERGABERECHTSSPEZIALIST



„Die Steuerung der Lieferanten ist ein wesentlicher Hebel der Dekarbonisierung.“

MICHAEL EßIG
BUNDESWEHRUNI MÜNCHEN

ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE ALS TREIBER DER TRANSFORMATION

Bei öffentlichen Aufträgen darf es nicht nur um Preis und Qualität gehen. Vielmehr müssen auch Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden, fordert Vergaberechtsspezialist **MARTIN SCHIEFER**.

TREND: Welche Rolle spielen öffentliche Aufträge für Österreichs Wirtschaft?

MARTIN SCHIEFER: Bund, Länder und Gemeinden geben jährlich rund 62 Milliarden Euro für Beschaffungs- und Infrastrukturprojekte aus. Das sind immerhin 18 Prozent des österreichischen BIPs, ist also alles andere als unbedeutend.

Was ändert sich bei der Auftragsvergabe gerade? In der Vergangenheit spielten umweltbezogene und nachhaltige Kriterien bei Beschaffungen meist nur eine untergeordnete Rolle bei der Ermittlung der Bestbieter. Meist standen ausschließlich Preis und Qualität im Vordergrund. Aber das ändert sich gerade rasant.

In welche Richtung? Auftraggeber erkennen zunehmend, dass sie mit Beschaffung und Auftragsvergabe über einen sehr wirkungsvollen Hebel verfügen, um zukunftsorientiertes, sozial gerechtes und verantwortungsvolles Wirtschaften gegenüber Umwelt und Gesellschaft im Sinne der ESG-Kriterien zu fördern. So können sie bei der nachhaltigen, ökologischen Transformation der Wirtschaft ein Treiber sein.

Was bedeutet das konkret? Mit jeder einzelnen Ausschreibung kann eine Körperschaft zum Beispiel die Energieeffizienz oder die Kreislaufwirtschaft vorantreiben. Dann müssen eben Fragen eines möglichen Rückbaus und der Wiederverwertung der verwendeten Baumaterialien wichtige Kriterien der Ausschreibung sein. Wie lässt sich die maximale Energieeffizienz eines Gebäudes erreichen? In welchem Umfang können Baumaterialien regional beschafft werden, um lange Transportwege zu vermeiden? All das sind mögliche Aspekte, die in einer Ausschreibung

berücksichtigt werden können – und meiner Meinung nach berücksichtigt werden müssen.

Reichen die dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen?

Weitgehend ja. Ein Beispiel ist die „Clean Vehicles Directive“. Sie schreibt bestimmte Prozentsätze an „sauberen Fahrzeugen“ in einer Flotte vor. Zudem sind wichtige öffentliche Auftraggeber bei gewissen Liefer- und Dienstleistungsaufträgen verpflichtet, Energieeffizienz einzufordern. Und das ist eine wirklich wichtige Entwicklung. Denn mit Nachhaltigkeit und Regionalität

lassen sich Gemeinden und Regionen per Ausschreibungen wesentlich stärken. Etwa indem mit öffentlichen Aufträgen regionale Unternehmen die Möglichkeit erhalten, sich weiterzuentwickeln. Dabei geht es auch um Ermutigung: Wenn jene Unternehmen, die ESG-Kriterien ernsthaft berücksichtigen, bessere Chancen bei der Auftragsvergabe haben, so schaffen sie sich nicht nur einen echten Wettbewerbsvorteil, sondern ermutigen auch andere Unternehmen, in diese Richtung zu gehen.

Werden Nachhaltigkeitskriterien in öffentlichen Ausschreibungen wichtiger? Davon bin ich absolut überzeugt.

Es ist schon jetzt zu sehen, dass immer mehr ESG-Kriterien – also über die Umwelt hinaus auch soziale Kriterien sowie Kriterien der verantwortungsvollen Unternehmensführung – in die Strategiepläne der öffentlichen Hand einfließen. Und das ist von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der Zukunft. Denn Schwerpunkte wie Regionalität, kurze Lieferketten und nachhaltiges Wirtschaften in den Ausschreibungen können wesentlich zum Klimaschutz beitragen.

Was muss verbessert werden? Als Lenkungsinstrument verstanden, kann das Vergaberecht die Zukunft positiv beeinflussen. Doch wir schöpfen die Möglichkeiten des Vergaberechts noch lange nicht aus, wir stehen da erst am Anfang. An den Gesetzen liegt das nicht. Die gesetzlichen Möglichkeiten für mehr Nachhaltigkeit in der Beschaffung sind im Wesentlichen vorhanden. Aber es mangelt oft am Willen der einzelnen Akteure, diese Möglichkeiten zu nutzen. Und das ist schade, denn gerade die öffentliche Hand sollte bei den ESG-Kriterien eine Vorreiter- und Vorbildrolle einnehmen. **T**



ZUR PERSON. MARTIN SCHIEFER, 52, ist Gründer der auf Vergaberecht spezialisierten Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte. Die Kanzlei beschäftigt rund 50 Mitarbeitende und setzt mit insgesamt sieben Standorten in Österreich auch auf Regionalität.

Generiert durch „Midjourney“

Wir wissen,
was unser Auftrag ist.

SCHIEFER
VERGABE · RECHT · ANWÄLTE